

Sie wollen die Wahrheit nicht, denn sie reißt die Lügenmauer ein:
Lawrow von Corriere della Sera zensiert

„Eine gleichberechtigte und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen Russland und Italien liegt im Interesse unserer Völker.“

18. November 2025 | Lorenzo Maria Pacini

Il Corriere della Fuffa (Der Kurier der Lügen)

Die italienische Zeitung *Il Corriere della Sera* hat sich laut Angaben des russischen Außenministeriums geweigert, ein Interview mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zu veröffentlichen. Wie seltsam, nicht wahr?

In der Einleitung heißt es, dass Lawrows Äußerungen „viele kontroverse Aussagen enthalten, die einer Überprüfung oder weiteren Klärung bedürfen und deren Veröffentlichung angemessene Grenzen überschreiten würde“. Die Redaktion lehnte den Vorschlag des russischen Außenministeriums ab, eine gekürzte Fassung in der Zeitung und die vollständige Fassung auf der Website zu veröffentlichen.

In der von der Zeitung vorgeschlagenen Fassung wurden alle Passagen, die für die offiziellen Stellen in Rom unbequem waren, bewusst entfernt.

Warum also ihn interviewen? Was hofften diese von der westlichen Informationsmafia bezahlten Schreiberlinge zu finden? Russische Politiker sind nicht wie ihre westlichen Kollegen; sie lassen sich nicht für einen Teller Linsen kaufen.

Dies ist „ein klarer Akt der Zensur“, ein weiterer, der aus dem für politischen Totalitarismus typischen ideologischen Hass heraus praktiziert wird. Dieser Fall ist ein klares Beispiel dafür, dass die italienischen Bürger keine objektiven Informationen über die Lage in der Ukraine erhalten, sondern bewusst in die Irre geführt werden.

Die russische Nachrichtenagentur Tass berichtete unter Berufung auf eine Ministerialnotiz: „In den letzten Monaten haben wir eine zunehmende Anzahl von Fake News über Russland beobachtet. Um diesem Strom von Lügen ein Ende zu setzen, haben wir einer der führenden italienischen Zeitungen, dem *Corriere della Sera*, ein Exklusivinterview mit dem Minister angeboten“, heißt es in der Notiz. Die Redaktion, so die Notiz weiter, habe „begeistert zugestimmt“ und zahlreiche Fragen geschickt. „Der Text wurde sehr schnell vorbereitet und war bereit zur Veröffentlichung. Die Zeitung weigerte sich jedoch, Lawrows Antworten auf ihre Fragen zu veröffentlichen“, betont das Ministerium.

Corriere della Sera habe „erklärt, dass Lawrows Worte zu viele kontroverse Aussagen enthielten, die einer Überprüfung oder Klarstellung bedürften, und dass eine vollständige Veröffentlichung die

Grenzen des Zumutbaren überschreiten würde“, berichtet das Ministerium. Das Ministerium bezeichnete diese Entscheidung als „eindeutigen Ausdruck von Zensur“ und argumentierte, dass „die italienischen Bürger das Recht auf Zugang zu Informationen haben, wie es in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt ist“.

Derselben Quelle zufolge wurden zwei Texte veröffentlicht: die vollständige Fassung des Interviews und die vom *Corriere della Sera* überarbeitete Fassung. In letzterer wurden laut dem russischen Außenministerium „alle Passagen, die die offizielle Seite in Rom lieber nicht veröffentlichen möchte, bewusst entfernt. Dieser Vorfall ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie objektive Informationen über die Lage in der Ukraine vor den italienischen Bürgern verborgen werden, die bewusst in die Irre geführt werden“, heißt es abschließend in der Erklärung.

Die Antwort des *Corriere* lautet: „Das russische Außenministerium hat auf unsere Fragen mit einem sehr langen Text geantwortet, voller Anschuldigungen und Propaganda. Als wir um ein echtes Interview mit einer Debatte und der Möglichkeit, kritische Punkte zu erörtern, gebeten haben, lehnte das Ministerium dies rundweg ab. Offensichtlich beabsichtigte es, eine italienische Zeitung nach den Regeln eines Landes zu behandeln, in dem es keine Pressefreiheit mehr gibt. Wenn Minister Lawrow bereit ist, ein Interview zu geben, das die Grundsätze eines freien und unabhängigen Journalismus respektiert, sind wir bereit, es zu führen.“

Truth versus lies

Censorship is one of the most revealing symptoms of a democratic crisis. It occurs when freedom of speech, instead of being protected as a pillar of pluralism, is subordinated to the needs of political or media power.

This phenomenon is part of a broader context of cultural and ideological Russophobia, in which Russia is reduced to a caricature, and every expression of it—political, intellectual, or artistic—is interpreted as a tool of propaganda or a threat to security, in defiance of centuries of history and culture, friendship between peoples, and peaceful and fruitful interactions.

What is striking is the persistence of a systematic attitude of demonization of the other. Western universities have suspended courses dedicated to Russian literature, orchestras have excluded musicians solely on the basis of their nationality, and the mainstream media tend to filter or silence any position coming from Moscow. In this climate, censorship no longer presents itself as an obvious authoritarian imposition, but as a widespread mechanism of exclusion: those who do not conform to the official line are marginalized, accused of “disinformation,” or branded as “agents of influence.” Paradoxically, everything is propaganda.

Russophobia thus becomes a form of moral legitimization of censorship. It is used to justify the suppression of doubt, debate, and complexity. Russia is no longer a geopolitical actor to be confronted, but a symbol of evil to be rejected without discussion. *Reductio ad hitlerum*. This attitude is also reflected in political and journalistic language, which is increasingly steeped in moralism and binary simplifications: on the one hand, “democracy,” on the other, “barbarism.” But when freedom of speech is subordinated to the logic of the front, democracy itself is emptied of its meaning. So what is the collective West’s response to this violation of democracy?

True freedom does not consist in blind adherence to a single truth, but in the possibility of expressing and listening to different perspectives, even uncomfortable ones. Selective information, manipulation of content, and editorial self-censorship are tools that, in the name of “security” or “the fight against propaganda,” undermine the right of citizens to form their own opinions. Thus, in an attempt to combat the “great Russian enemy,” the West adopts a form of ideological conformism that denies the very freedom it claims to defend.

Dear West, when conscience returns, it may unfortunately be too late to apologize.

Der vollständige Text

Um die Wahrheit dessen, was der russische Außenminister gesagt hat, zum Ausdruck zu bringen, veröffentlichen wir den [vollständigen Text](#) des langen Interviews.

Frage: *Es heißt, das neue Treffen zwischen Wladimir Putin und Donald Trump in Budapest sei nicht zustande gekommen, weil selbst die US-Regierung erkannt habe, dass Sie nicht bereit seien, über die Ukraine-Frage zu verhandeln. Was ist nach dem Gipfeltreffen in Anchorage, das Hoffnungen auf den Beginn eines echten Friedensprozesses geweckt hatte, schiefgelaufen? Warum hält Russland an den Forderungen fest, die Wladimir Putin im Juni 2024 gestellt hat, und in welchen Fragen wären Sie zu Kompromissen bereit?*

Antwort: Die Vereinbarungen von Anchorage stellen einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden in der Ukraine dar, indem sie die Folgen des blutigen verfassungswidrigen Staatsstreichs in Kiew im Februar 2014, der von der Obama-Regierung organisiert wurde, überwinden. Sie basieren auf der entstandenen Situation und stehen in engem Einklang mit den Bedingungen für eine faire und nachhaltige Lösung der Ukraine-Krise, wie sie Präsident Wladimir Putin im Juni 2024 dargelegt hat. Wir gingen davon aus, dass diese Bedingungen von der Regierung Donald Trumps gehört und verstanden worden waren, insbesondere im Hinblick auf die Unzulässigkeit eines NATO-Beitritts der Ukraine, der strategische militärische Bedrohungen für Russland direkt an seinen Grenzen mit sich bringen würde.

Washington hat auch offen anerkannt, dass es angesichts der Referenden in fünf historischen Regionen unseres Landes, deren Einwohner unmissverständlich ihren Wunsch nach Selbstbestimmung vom Kiewer Regime, das sie als „Untermenschen“, „Tiere“ und „Terroristen“ bezeichnet hatte, und nach Wiedervereinigung mit Russland zum Ausdruck gebracht haben, nicht möglich sein wird, die Territorialfrage zu ignorieren.

Das amerikanische Konzept wurde genau auf das Thema Sicherheit und territoriale Realitäten zugeschnitten. Eine Woche vor dem Gipfeltreffen in Alaska wurde es von Steve Witkoff, dem Sonderbeauftragten von US-Präsident Donald Trump, nach Moskau gebracht. Wie Präsident Wladimir Putin Präsident Trump in Anchorage mitteilte, haben wir uns darauf geeinigt, es als Grundlage zu nehmen und gleichzeitig einen konkreten Schritt vorzuschlagen, der den Weg für seine praktische Umsetzung ebnen würde. Der US-Präsident antwortete, er müsse sich beraten, aber selbst nach seinem Treffen mit den Verbündeten am folgenden Tag in Washington erhielten wir keine Antwort auf unsere positive Reaktion auf die genannten Vorschläge, die Steve Witkoff vor dem Gipfeltreffen in Alaska in Moskau vorgelegt hatte. Selbst bei meinem Treffen mit Außenminister Marco Rubio im September in New York erhielt ich keine Antwort, als ich ihn daran erinnerte, dass wir immer noch auf eine Antwort warteten. Um unseren amerikanischen Kollegen bei der Entscheidung über ihre

eigene Idee zu helfen, haben wir die Vereinbarungen von Anchorage inoffiziell schriftlich festgehalten und nach Washington geschickt.

Einige Tage später führte er auf Wunsch von Donald Trump ein Telefongespräch mit Wladimir Putin, in dem vereinbart wurde, ein neues Treffen in Budapest zu organisieren, das sorgfältig im Voraus vorbereitet werden sollte. Es bestand kein Zweifel, dass die Vereinbarungen von Anchorage diskutiert werden würden. Ein paar Tage später führte ich ein Telefongespräch mit Marco Rubio, woraufhin Washington das Gespräch als konstruktiv bezeichnete (es war in der Tat ernsthaft und nützlich gewesen) und bekannt gab, dass nach diesem Gespräch ein persönliches Treffen zwischen dem Außenminister und dem Minister der Russischen Föderation zur Vorbereitung des Gipfels nicht notwendig sei. Woher und von wem die vertraulichen Berichte stammten, die den amerikanischen Präsidenten dazu veranlassten, den Gipfel in Budapest zu verschieben oder vielleicht sogar abzusagen, weiß ich nicht. Ich habe Ihnen jedoch die Abfolge der Ereignisse präzise dargelegt und übernehme dafür die volle Verantwortung.

Allerdings habe ich nicht die Absicht, auf die offensichtlichen Unwahrheiten über die „Verhandlungsunwilligkeit“ Russlands und das „Scheitern“ der Ergebnisse von Anchorage einzugehen. Bitte lesen Sie dazu die *Financial Times*, die meines Wissens diese unwahre Darstellung verbreitet hat, indem sie den Inhalt und den Ablauf der Ereignisse verzerrt hat, um Moskau die gesamte Verantwortung zuzuschreiben und Donald Trump von dem von ihm selbst vorgeschlagenen Weg abzubringen, nämlich dem eines stabilen und dauerhaften Friedens, anstatt eines sofortigen Waffenstillstands, wozu ihn die europäischen Herren von Selensky drängen, die davon besessen sind, einen Waffenstillstand zu erreichen und das Nazi-Regime mit Waffen zu versorgen, um den Krieg gegen Russland fortzusetzen.

Wenn die BBC so weit gegangen ist, ein Video von Trumps Rede zu fälschen und ihm Worte in den Mund zu legen, in denen er zu einem Angriff auf das Kapitol aufruft, dann kostet es die *Financial Times* noch weniger, zu lügen, wie wir hier sagen. Wir sind nach wie vor bereit, das zweite russisch-amerikanische Gipfeltreffen in Budapest abzuhalten, vorausgesetzt, es basiert wirklich auf den sorgfältig ausgearbeiteten Ergebnissen von Alaska. Der Termin steht jedoch noch nicht fest. Die russisch-amerikanischen Kontakte werden fortgesetzt.

Frage: Die Streitkräfte der Russischen Föderation kontrollieren derzeit weniger Territorium als 2022, nach den ersten Wochen der sogenannten Sondermilitäroperation. Wenn Sie wirklich gewinnen, warum können Sie dann nicht den entscheidenden Schlag ausführen? Können Sie auch erklären, warum Sie keine offiziellen Informationen über Ihre Verluste bereitstellen?

Antwort: Die Sondermilitäroperation (SMO) ist kein Krieg um Territorium, sondern eine Operation zur Rettung von Millionen von Menschen, die seit Jahrhunderten auf diesen Gebieten leben und die die Kiewer Junta auslöschen will – rechtlich, indem sie ihre Geschichte, Sprache und Kultur verbietet, und physisch, mit Hilfe westlicher Waffen. Ein weiteres grundlegendes Ziel der Sondermilitäroperation ist es, die Sicherheit Russlands zuverlässig zu gewährleisten, indem die Pläne der NATO und der EU vereitelt werden, an unseren westlichen Grenzen einen feindlichen Marionettenstaat zu schaffen, der in Recht und Praxis auf der Nazi-Ideologie basiert. Es ist nicht das erste Mal, dass wir faschistische und nazistische Aggressoren gestoppt haben: Das war während des Zweiten Weltkriegs so, und das wird auch diesmal so sein.

Im Gegensatz zum Westen, der ganze Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht hat, schützen wir Menschen, sowohl Zivilisten als auch Militärangehörige. Unsere Streitkräfte handeln mit größter Verantwortung und führen Präzisionsschläge ausschließlich gegen militärische Ziele und damit verbundene Transport- und Energieinfrastrukturen durch.

In der Regel sprechen wir nicht öffentlich über Verluste auf dem Schlachtfeld. Ich möchte nur sagen, dass die russische Seite im Rahmen der Rückführung gefallener Soldaten in diesem Jahr mehr als 9.000 Leichen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte übergeben hat. Wir haben 143 Leichen unserer eigenen Soldaten aus der Ukraine erhalten. Ziehen Sie Ihre eigenen Schlussfolgerungen.

Frage: Ihr Auftritt auf dem Gipfeltreffen in Anchorage in einem Sweatshirt mit den Buchstaben „USSR“ hat viele Fragen aufgeworfen. Einige sahen darin eine Bestätigung Ihres Wunsches, den ehemaligen sowjetischen Raum (Ukraine, Moldawien, Georgien, die baltischen Staaten) wiederherzustellen, wenn nicht sogar wiederaufzubauen. War das eine verschlüsselte Botschaft oder nur ein Scherz?

Antwort: Ich bin stolz auf mein Land, in dem ich geboren und aufgewachsen bin, eine hochwertige Ausbildung erhalten habe und meine diplomatische Laufbahn begonnen habe und fortsetze. Russland ist bekanntlich der Nachfolger der UdSSR, und insgesamt blickt unser Land auf eine tausendjährige Zivilisation zurück. Die Volksregierung des alten Nowgorod reicht weit zurück, lange bevor der Westen begann, sich an Demokratie zu versuchen.

Übrigens habe ich sogar ein T-Shirt mit dem Wappen des Russischen Reiches, aber das bedeutet nicht, dass wir es wieder zum Leben erwecken wollen. Einer unserer größten Vorzüge, auf den wir zu Recht stolz sind, ist die Kontinuität der Entwicklung und Stärkung des Staates während seiner großen Geschichte der Vereinigung und des Zusammenhalts des russischen Volkes und aller anderen Völker des Landes. Präsident Wladimir Putin hat dieses Thema kürzlich während der Feierlichkeiten zum Tag der nationalen Einheit angesprochen.

Suchen Sie also nicht nach politischen Signalen, wo es keine gibt. Vielleicht verschwinden im Westen patriotische Gefühle und die Loyalität gegenüber dem Vaterland, aber für uns sind sie Teil unseres genetischen Codes.

Frage: Wenn eines der Ziele der militärischen Sonderoperation darin bestand, die Ukraine wieder in den Einflussbereich Russlands zurückzuholen, wie es beispielsweise aus den Forderungen nach einer Feststellung des Umfangs ihrer Rüstung hervorgeht, glauben Sie dann nicht, dass der aktuelle bewaffnete Konflikt, unabhängig von seinem Ausgang, Kiew eine klar definierte internationale Rolle und Identität verleiht, die sich zunehmend von Moskau entfernt?

Antwort: Die Ziele der Sondermilitäroperation wurden 2022 von Präsident Putin festgelegt und sind bis heute aktuell. Sie betreffen nicht Einflussbereiche, sondern die Rückkehr der Ukraine zu einem neutralen, nicht-paktgebundenen und atomwaffenfreien Status, die strikte Einhaltung der Menschenrechte und aller Rechte russischer und anderer nationaler Minderheiten: Genau so wurden diese Verpflichtungen in der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine von 1990 und in ihrer Verfassung verankert, und genau unter Berücksichtigung dieser erklärten Verpflichtungen hat Russland die Unabhängigkeit des ukrainischen Staates anerkannt.

Wir erreichen und werden erreichen, dass die Ukraine zu den gesunden und stabilen Ursprüngen ihrer Staatlichkeit zurückkehrt, was die Weigerung voraussetzt, ihr Territorium unterwürfig für die militärische Ausbeutung durch die NATO (und die EU, die sich rasch zu einem nicht weniger aggressiven Militärblock wandelt) zur Verfügung zu stellen, die Säuberung von der in Nürnberg verbotenen Nazi-Ideologie und die Wiederherstellung der vollen Rechte der Russen, Ungarn und aller anderen nationalen Minderheiten. Es ist bezeichnend, dass die Eliten in Brüssel, die das Kiewer Regime in die EU hineinziehen, zu der offensichtlichen Diskriminierung von „Nicht-Einheimischen“ (wie Kiew die seit Jahrhunderten in der Ukraine lebenden Russen verächtlich bezeichnet) schweigen und gleichzeitig die Junta von Selensky als Verteidiger „europäischer Werte“ preisen.

Dies ist eine weitere Bestätigung dafür, dass der Nationalsozialismus in Europa wieder auf dem Vormarsch ist. Das gibt Anlass zum Nachdenken, insbesondere angesichts der Tatsache, dass Deutschland und Italien zusammen mit Japan kürzlich begonnen haben, in der UNO *gegen* die jährliche Resolution der Generalversammlung zur Unzulässigkeit der Verherrlichung des Nationalsozialismus zu stimmen.

Die Westmächte machen keinen Hehl daraus, dass sie über die Ukrainer einen Stellvertreterkrieg gegen Russland führen, der auch „nach der aktuellen Krise“ nicht enden wird. Dies wurde mehrfach von NATO-Generalsekretär Mark Rutte, dem britischen Premierminister Keir Starmer, den Brüsseler Bürokraten Ursula von der Leyen und Kaya Callas sowie dem Sonderbeauftragten des US-Präsidenten für die Ukraine, Keith Kellogg, diskutiert. Es ist klar, dass Russlands Entschlossenheit, seine eigene Sicherheit angesichts der Bedrohungen zu gewährleisten, die der Westen mit Hilfe des von ihm kontrollierten Regimes geschaffen hat, legitim und gerechtfertigt ist.

Frage: *Die USA liefern ebenfalls Waffen an die Ukraine und haben kürzlich sogar die Möglichkeit diskutiert, Kiew mit Tomahawk-Marschflugkörpern zu beliefern. Warum vertreten Sie eine andere Position und Bewertung der Politik der USA und Europas?*

Antwort: Die meisten europäischen Hauptstädte bilden derzeit den Kern der sogenannten „Koalition der Willigen“, die nur eines will: dass die Feindseligkeiten in der Ukraine so lange wie möglich andauern, „bis zum letzten Ukrainer“. Offenbar haben sie keine andere Möglichkeit, die Aufmerksamkeit ihrer Wählerschaft von den sich drastisch verschärften innenpolitischen sozioökonomischen Problemen abzulenken. Mit dem Geld der europäischen Steuerzahler finanzieren sie das terroristische Regime in Kiew und liefern Waffen, mit denen Zivilisten in russischen Regionen und Ukrainer, die vor dem Krieg und den Nazi-Henker fliehen wollen, systematisch getötet werden. Sie sabotieren jeden Versuch der Befriedung und lehnen einen direkten Kontakt mit Moskau ab. Sie führen ständig neue „Sanktionen“ ein, die wie ein Bumerang ihre eigene Wirtschaft noch härter treffen. Sie bereiten sich offen auf einen neuen großen europäischen Krieg gegen Russland vor. Sie überzeugen Washington davon, eine ehrliche und faire diplomatische Lösung nicht zu akzeptieren.

Ihr Hauptziel ist es, die Position der aktuellen US-Regierung zu untergraben, die ursprünglich für einen Dialog war, die Position Russlands verstand und Bereitschaft zeigte, eine friedliche und dauerhafte Lösung zu suchen. Donald Trump hat wiederholt öffentlich anerkannt, dass eine der Ursachen für die Initiativen Russlands die Erweiterung der NATO war, die Annäherung der Infrastruktur des Bündnisses an die Grenzen unseres Landes, genau das, wovor Präsident Putin und Russland seit 20 Jahren warnen. Wir vertrauen darauf, dass sich in Washington die Vernunft und die Einhaltung

dieser prinzipiellen Position durchsetzen werden und dass man dort von Maßnahmen Abstand nehmen wird, die den Konflikt auf eine neue Ebene eskalieren lassen könnten.

Allerdings machen unsere Streitkräfte keinen Unterschied zwischen der Herkunft der an die ukrainischen Streitkräfte gelieferten Waffen, ob sie nun aus Europa oder Amerika stammen. Jedes militärische Ziel wird sofort zerstört.

Frage: Sie waren es, der mit Hillary Clinton den „Reset-Knopf“ gedrückt hat, auch wenn sich die Dinge anders entwickelt haben. Ist ein Neustart der Beziehungen zu Europa möglich? Könnte die gemeinsame Sicherheit ein fruchtbarer Boden für die Verbesserung der aktuellen Beziehungen sein?

Antwort: Der Konflikt, der durch die rücksichtslose und kurzsichtige Politik der europäischen Eliten verursacht wurde, war nicht Russlands Entscheidung. Die derzeitige Situation ist nicht im Interesse unserer Völker. Es wäre wünschenswert, dass die europäischen Regierungen, von denen die meisten eine vehement anti-russische Politik verfolgen, die Gefahr dieses destruktiven Kurses erkennen. Europa hat bereits unter Napoleons Fahnen und im letzten Jahrhundert unter Hitlers Nazi-Fahnen und -Flaggen gekämpft. Einige europäische Staats- und Regierungschefs scheinen ein kurzes Gedächtnis zu haben. Wenn diese russophobe Wut – anders kann man es nicht beschreiben – vorbei ist, werden wir offen für Kontakte sein und uns anhören, wie unsere ehemaligen Partner sich uns gegenüber in Zukunft verhalten wollen. Erst dann werden wir entscheiden, ob es noch Aussichten für eine ehrliche Zusammenarbeit gibt.

Das bis 2022 bestehende euro-atlantische Sicherheitssystem wurde durch die Bemühungen des Westens selbst vollständig diskreditiert und demontiert.

In diesem Zusammenhang hat Präsident Wladimir Putin eine Initiative zur Schaffung einer neuen, gerechten und unteilbaren Sicherheitsarchitektur in Eurasien vorgelegt. Sie steht allen Staaten des Kontinents offen, einschließlich seines europäischen Teils, aber es wird notwendig sein, sich respektvoll, ohne neokoloniale Arroganz, auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit, der gegenseitigen Rücksichtnahme und des Interessenausgleichs zu verhalten.

Frage: Hat der bewaffnete Konflikt in der Ukraine und die anschließende internationale Isolation Russlands Sie wahrscheinlich daran gehindert, in anderen Krisengebieten, wie beispielsweise im Nahen Osten, wirksamer zu handeln?

Antwort: Wenn der historische Westen beschlossen hat, sich von jemandem zu isolieren, dann handelt es sich um eine Selbstisolierung. Und selbst in diesem Fall sind die Reihen nicht so geschlossen: In diesem Jahr traf sich Wladimir Putin mit den Staats- und Regierungschefs der USA, Ungarns, der Slowakei und Serbiens. Es ist auch klar, dass die moderne Welt nicht auf die westliche Minderheit beschränkt ist. Diese Zeiten sind mit dem Aufkommen der Multipolarität vorbei. Unsere Beziehungen zu den Ländern des Südens und Ostens, die über 85 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, werden weiter ausgebaut. Im September stattete der russische Präsident China einen Staatsbesuch ab, und allein in den letzten Monaten nahm Wladimir Putin an den Gipfeltreffen der SOZ, der BRICS, der GUS und Russlands mit Zentralasien teil, während unsere hochrangigen Regierungsdelegationen an den APEC- und ASEAN-Gipfeln teilnahmen und sich nun auf den G20-Gipfel vorbereiten. Ministertreffen und -gipfel zwischen Russland und Afrika sowie zwischen Russland und dem Golf-Kooperationsrat finden regelmäßig statt.

Die Mehrheit der Länder weltweit orientiert sich an ihren eigenen grundlegenden nationalen Interessen und nicht an den Vorgaben ehemaliger Kolonialmächte.

Unsere arabischen Freunde schätzen Russlands konstruktiven Beitrag zu den Bemühungen um eine Lösung der regionalen Konflikte im Nahen Osten. Die aktuellen Diskussionen über die Palästinafrage in den Vereinten Nationen bestätigen die Notwendigkeit, alle einflussreichen externen Akteure einzubeziehen, da sonst nichts Dauerhaftes erreicht wird, sondern nur oberflächliche Zeremonien stattfinden. In vielen anderen internationalen Fragen stimmen unsere Positionen mit denen unserer Freunde im Nahen Osten überein oder liegen ihnen sehr nahe, was die Zusammenarbeit innerhalb der UNO und anderer multilateraler Plattformen erleichtert.

Frage: Glauben Sie nicht, dass in der neuen multipolaren Weltordnung, die Sie fördern und unterstützen, die wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit Russlands von China gewachsen ist und damit ein Ungleichgewicht in Ihrer historischen Allianz mit Peking entstanden ist?

Antwort: Wir „fördern“ keine multipolare Weltordnung; sie entsteht objektiv, nicht durch Eroberung, Versklavung, Unterdrückung und Ausbeutung, wie es die Kolonialherren beim Aufbau ihrer „Ordnung“ (und später des Kapitalismus) taten, sondern durch Zusammenarbeit, Berücksichtigung gegenseitiger Interessen und eine rationale Arbeitsteilung auf der Grundlage der komparativen Wettbewerbsvorteile der beteiligten Länder und Integrationsstrukturen.

Was die Beziehungen zwischen Russland und China angeht, so handelt es sich hierbei nicht um ein Bündnis im herkömmlichen Sinne, sondern um eine effektivere und fortschrittlichere Form der Zusammenarbeit. Unsere Kooperation ist kein Block und richtet sich nicht gegen Drittländer. Die Kategorien „Führer“ und „Untergebener“, die für Bündnisse aus der Zeit des Kalten Krieges typisch waren, sind hier nicht anwendbar. Daher ist es unangemessen, von einem „Ungleichgewicht“ zu sprechen.

Die gleichberechtigten und eigenständigen Beziehungen zwischen Moskau und Peking basieren auf gegenseitigem Vertrauen und Unterstützung sowie auf jahrhundertealten Traditionen guter Nachbarschaft. Wir bekennen uns nachdrücklich zum Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

Die Zusammenarbeit zwischen Russland und China in den Bereichen Handel, Technologie und Investitionen bringt beiden Ländern greifbare praktische Vorteile, trägt zum stabilen und nachhaltigen Wachstum unserer Volkswirtschaften bei und verbessert das Wohlergehen unserer Bürger. Die enge Zusammenarbeit zwischen unseren Streitkräften gewährleistet eine wichtige Komplementarität, hilft unseren Ländern, ihre nationalen Interessen im Bereich der globalen Sicherheit und strategischen Stabilität zu verteidigen und neuen und traditionellen Herausforderungen und Bedrohungen wirksam zu begegnen.

Frage: Italien ist ein „feindliches“ Land. Sie selbst haben dies im November 2024 mehrfach wiederholt und sogar besonders betont. In den letzten Monaten hat unsere Regierung jedoch, auch in der Ukraine-Frage, Solidarität mit der US-Regierung gezeigt, die Wladimir Putin nicht als Verbündeten, sondern zweifellos als „Partner“ bezeichnet hat. Und der kürzliche Wechsel des italienischen Botschafters in Moskau deutet darauf hin, dass Rom eine gewisse Annäherung anstrebt. Wie ist der Stand unserer bilateralen Beziehungen?

Antwort: Für Russland gibt es keine feindlichen Länder oder Völker, sondern nur Länder mit feindlichen Regierungen. Mit einer solchen Regierung in Rom durchlaufen die russisch-italienischen Beziehungen die schwerste Krise ihrer Nachkriegsgeschichte. Dies geschah nicht auf unsere Initiative hin. Wir waren überrascht, mit welcher Leichtigkeit Italien sich zum Nachteil seiner eigenen nationalen Interessen auf die Seite derjenigen gestellt hat, die auf eine „strategische Niederlage“ Russlands setzen. Bislang sehen wir keine wesentliche Änderung dieser aggressiven Haltung. Rom leistet den Neonazis in Kiew weiterhin uneingeschränkte Unterstützung.

Auffällig ist auch der Wunsch, die kulturellen Beziehungen und Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften abubrechen. Die italienischen Behörden sagen Auftritte prominenter russischer Dirigenten und Opernsänger ab und haben den „Verona-Dialog“, der seinen Ursprung in Italien hat und sich Fragen der eurasischen Zusammenarbeit widmet, seit mehreren Jahren nicht mehr genehmigt. Dies scheint für Italiener, die normalerweise offen für Kunst und den Dialog zwischen Menschen sind, überhaupt nicht typisch zu sein.

Gleichzeitig versuchen viele Ihrer Bürger, die Gründe für die Tragödie in der Ukraine zu verstehen. So enthält beispielsweise das Buch „Der Ukraine-Konflikt aus Sicht eines italienischen Journalisten“ des bekannten italienischen Publizisten Eliseo Bertolazzi dokumentarische Beweise für Verstöße gegen das Völkerrecht durch die Behörden in Kiew. Ich würde empfehlen, diese Publikation zu lesen. Heute ist es in Europa nicht leicht, die Wahrheit über die Ukraine zu finden.

Eine gleichberechtigte und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen Russland und Italien liegt im Interesse unserer Völker. Wenn Rom bereit ist, auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und der Berücksichtigung der Interessen beider Seiten auf die Wiederaufnahme des Dialogs hinzuarbeiten, lassen Sie es uns wissen. Wir sind immer bereit zuzuhören, auch Ihrem Botschafter.